

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Günter Verheugen MdB,  
Mitglied des Auswärtigen  
Ausschusses des Deutschen  
Bundestages, fordert die  
Bundesregierung auf, ihre  
Indifferenz gegenüber Süd-  
afrika aufzugeben; Schäd-  
lich für deutsche Inter-  
essen. Seite 1

Fritz Sänger fordert ein  
Verbot der Neonazi-Gruppe  
um Michael Kühnen; Den  
"Führer" nicht länger  
marschieren lassen.  
Seite 4

Rudolf Bindig MdB und  
Konrad Gilges MdB fordern  
Maßnahmen gegen das ille-  
gale Adoptionsgeschäft:  
Die Bundesregierung darf  
vor dem Kinderhandel nicht  
länger die Augen ver-  
schließen. Seite 6

Helmut G. Schmidt, Chef-  
redakteur der SPD-Presse-  
dienste/PPP, zum 75. Ge-  
burtstag von Günter Mark-  
scheffel: Sein Rat ist für  
uns unverzichtbar.  
Seite 7

38. Jahrgang / 219

15. November 1983

Farbe bekennen

-----  
Das Schweigen gegenüber Südafrika schadet den deutschen  
Interessen

Von Günter Verheugen MdB  
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundes-  
tages

Gleich drei Vorgänge in der jüngsten Zeit lenken die Auf-  
merksamkeit der deutschen Öffentlichkeit wieder auf die  
Situation und die Entwicklung im südlichen Afrika. Diese  
Krisenregion war eine Zeitlang aus der politischen Diskus-  
sion in der Bundesrepublik verschwunden, weil andere Themen,  
insbesondere das Ost-West-Verhältnis, die größere Aktuali-  
tät beanspruchen konnten. Jetzt aber ist eine Klärung der  
seit Beginn der Wende in einer Grauzone verschwundenen deut-  
schen Afrika-Politik überfällig geworden.

1. Am Ende dieses Monats erwartet die Bundesregierung einen  
schwierigen Gast, den südafrikanischen Außenminister  
Botha. Er hat sich zum Besuch in Bonn angemeldet. Er wird  
an die Bundesregierung die Gretchenfrage richten, wie sie  
es denn nun mit Südafrika halten will.
2. Der bayerische Ministerpräsident Strauß hat in der ver-  
gangenen Woche bei einem Besuch in der Republik Südafrika  
die Afrikapolitik der Bundesregierung erneut scharf kri-  
tisiert. Er verlangt eine Neuorientierung.
3. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat den Bundes-  
außenminister an die seit zehn Wochen überfällige Antwort  
auf die Große Anfrage der SPD zur Politik im südlichen  
Afrika ermahnt und aufgefordert, jetzt unverzüglich zu  
antworten.

Die Lage im südlichen Afrika ist heute mehr denn je gekenn-  
zeichnet durch die rücksichtslose Machtpolitik der Regierung



in Pretoria. Die Republik Südafrika nutzt ihre militärische und wirtschaftliche Stärke aus, um sich zur Hegemonialmacht im südlichen Afrika aufzuschwingen. Die von Südafrika eingesetzten Mittel reichen von wirtschaftlichen Pressionen bis hin zu direkten militärischen Übergriffen auf das Gebiet souveräner Nachbarstaaten. Diese Politik verfolgt das Ziel, die sogenannten Frontstaaten zu destabilisieren, deren geschlossener Widerstand gegen Südafrika bisher dafür gesorgt hat, daß es seine Absichten nicht ungestört verwirklichen konnte. Hauptleidtragende sind im Augenblick die Bevölkerung von Namibia, deren Hoffnung auf Unabhängigkeit immer wieder neu enttäuscht wird und die schwarze Bevölkerungsmehrheit in Südafrika, der die elementarsten Menschenrechte weiterhin vorenthalten werden.

Mit der Annahme des Referendums über die neue südafrikanische Verfassung haben die Weißen in Südafrika den uneinsichtigen Kurs ihrer Regierung unterstützt. Die Schwarzen in Südafrika bleiben ausgeschlossen von politischen und gesellschaftlichen Teilhaberechten. Sie sollen in ihrem eigenen Land Menschen zweiter Klasse bleiben.

In der offiziellen Politik der Bundesrepublik herrscht Funkstille, was das südliche Afrika angeht. Dafür gibt es klar erkennbare Gründe. Die Amerikaner haben aufgehört, auf die Republik Südafrika Druck auszuüben. Washington drängt nicht mehr auf eine Lösung der schweren Probleme in der Region. In Folge dessen tritt auch die westliche Fünfergruppe auf der Stelle, sie bewegt nichts mehr. Außer einer schwachen Kritik des Bundesaußenministers am südafrikanischen Referendum hat man von der Bundesregierung seit langer Zeit nichts mehr gehört.

Aber genau diese schwache Kritik dürfte es gewesen sein, die den Geopolitiker Strauß erneut auf den Plan gerufen hat. Aus Südafrika ließ er wissen: "Es ist natürlich Angelegenheit des Bundeskanzlers, in der Afrikapolitik eine Klärung herbeizuführen, damit die CDU/CSU nicht in den Ruf kommt, daß sie, an der Regierung, eine Politik fortsetzt, ohne jede Änderung übernimmt, die sie während der Zeit der Opposition bekämpft hat." Strauß nannte auch die Themen, die er für klärungsbedürftig hält: Die Afrikapolitik im allgemeinen und die Südafrikapolitik im besonderen. Dem Manne kann geholfen werden.

Genau diese Klärung erwartet die SPD nämlich von der Antwort der Bundesregierung auf ihre am 10. Juli eingereichte Große Anfrage. Diese Große Anfrage hat im Grunde nur ein Thema. Die Bundesregierung soll sagen, ob die von ihr reklamierte Kontinuität der Außenpolitik für das südliche Afrika gilt. Die Verunsicherung bei denjenigen, die bisher geglaubt haben, in der Bundesrepublik Deutschland einen Fürsprecher im Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus zu haben, ist groß. Ganz besonders die Frontstaaten leben in der Sorge, daß künftige Entwicklungshilfe aus Bonn an ein politisches Wohlverhalten im Sinne der Südafrikapolitik von Strauß gebunden wird.

Die ungewöhnliche Verzögerung in der Beantwortung der Großen Anfrage deutet auf ein heftiges Tauziehen hinter den Kulissen hin. Die SPD kann aber nicht warten, bis sich in der Bundesregierung vielleicht die eine oder andere Richtung durchgesetzt hat. Das Thema südliches Afrika gehört ins Parlament und zwar sofort. Die beharrliche Antwortverweigerung durch die Bundesregierung ist eine Brüskierung des Parlaments, die nicht länger hingenommen werden kann.



Die indifferente Haltung der Bundesregierung, die offensichtlich von einer Anpassungsstrategie gegenüber der Außenpolitik der USA geprägt wird, schadet den deutschen Interessen genauso wie die amerikanische Politik im südlichen Afrika den westlichen Interessen insgesamt schadet. Wenn sich die Waagschale im Westen immer weiter zugunsten des rassistischen und aggressiven Systems in Südafrika neigt, dann gewinnt die Sowjetunion plötzlich neue Einflußmöglichkeiten in den Frontstaaten. Jedenfalls ist die Gefahr groß, daß dies geschieht.

Wenn die Amerikaner an der Forderung festhalten, daß die Unabhängigkeit von Namibia nur im Zusammenhang mit dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola verwirklicht werden kann, dann geht die westliche Glaubwürdigkeit auch in der Namibia-Frage vollends verloren. Um diese Glaubwürdigkeit ist es seit dem Grenada-Abenteuer der USA ohnehin schlecht genug bestellt. Der Westen muß wissen, daß sein Verhalten im südlichen Afrika für viele Länder der Dritten Welt eine wirkliche Testfrage ist.

Einen langen Koalitionsstreit über die Politik der Bundesregierung im südlichen Afrika kann man im Interesse der betroffenen Menschen nicht wünschen. Dieser Streit wird jedoch sehr sorgsam registriert und verfolgt werden. Dabei wird sich herausstellen, welche Interessen Strauß und die CSU in Südafrika verfolgen. Denn natürlich geht es um handfestere Dinge als um die Vorliebe von Strauß für sogenannte geopolitische Zusammenhänge, von denen er offenbar nicht weiß, daß sie in der Geschichte nichts anderes waren, als die Begründung für einen mörderischen Imperialismus. In Wahrheit sind es wirtschaftliche Interessen, um die es Strauß in Afrika geht.

Strauß vertritt die Interessen einer Wirtschaftslobby, die mit Südafrika mehr Geschäfte machen will, und der Verdacht liegt nahe, daß es sich dabei um solche Geschäfte handelt, die den von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen gegen Südafrika zuwiderlaufen. Schon heute ist es nicht möglich, von der Bundesregierung eine klare Auskunft darüber zu bekommen, ob und in welchem Umfang die Republik Südafrika aus der Bundesrepublik Deutschland auch solche Güter bezieht, die für die südafrikanische Rüstung bestimmt sind. Man muß befürchten, daß nach einer Klärung der südafrikanischen Politik im Sinne von Strauß alle bisher noch vorhandene Bereitschaft zur Selbstbeschränkung aufgegeben wird.

In einem Punkt allerdings muß man der Kritik des CSU-Chefs zustimmen. Es ist der Bundeskanzler, dessen notorische Entscheidungsschwäche und offenkundige außenpolitische Inkompetenz auch diesen, einen so wichtigen Bereich der deutschen Politik lähmt.

(-/15.11.1983/ks/hü)

+ + +



Ein neuer "Führer"  
-----

Die neonazistische Wühlarbeit des Michael Kühnen darf nicht geduldet werden

Von Fritz Sänger

Der ehemalige Leutnant in der Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland, Michael Kühnen, wurde vom Landgericht Braunschweig Ende der vergangenen Woche wegen un-  
eidlicher Falschaussage zu acht Monaten Haft und zu einer Geldstrafe von 1.200 DM  
verurteilt. Die Haftstrafe wurde jedoch für vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

Es ist nicht die erste Strafe, die ein Gericht diesem ehemaligen Offizier zuerkannt  
hat. Dieses Mal kam er jedoch bemerkenswert glimpflich davon. Wahrscheinlich veran-  
laßte ihn die Milde des Gerichtes, diesem sogleich zu erklären, daß er, der Führer  
der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (gegründet am 16. November 1977) und der  
im Januar 1983 mit dieser Organisation verbundenen "Nationalen Aktivisten", seine  
politische Arbeit fortsetzen werde. In dieser "Arbeit" war das Verfahren und war die  
Falschaussage entstanden.

Kühnen, jetzt 28 Jahre alt, war Ende April 1982 in Flensburg bereits wegen rechts-  
radikaler Straftaten zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Es muß ihn getrie-  
ben haben, es einem anderen "Führer" nachzumachen: Er schrieb an einer Rechtferti-  
gung des Nationalsozialismus und stacheite, wie das Gericht feststellte, zum Rassen-  
haß auf. Er bereitet ein Buch (seinen "Kampf") vor. Auf dreihundert Seiten behan-  
delte er bisher "die zweite Revolution" (bekannt: die erste hatte Adolf Hitler ge-  
führt!) und stellte ein Bild dar: "Der Volksstaat", wie er sich den Staat seiner  
Grundgesinnung vorstellt.

Dieser Mann arbeitet systematisch auf Ziele hin, die er unverhüllt kennzeichnet:  
"Wir sind kein Geheimbund" erklärte er in einem "Grundsatzbefehl" und fügte hinzu:  
"Keine Untergrundorganisation, keine terroristische Vereinigung und keine bewaffne-  
te Widerstandsorganisation. Wir sind politische Soldaten für eine neue Ordnung auf  
gesunder, natürlicher Basis."

So lasen ältere Zeitgenossen es wohl schon einmal und so hörten wir es in den Aus-  
sagen der einst führenden Personen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei des  
Adolf Hitler vor Gericht und unter Eid und in ungezählten Versammlungen und beschwö-  
renden Bekundungen. Es kam auf eine Lüge, einen Betrug mehr damals nicht an. Kühnen  
hat die Forderung gestellt, diese NSDAP wieder zuzulassen, die verboten ist, seitdem  
sie Deutschland in den tiefsten Abgrund der Geschichte geführt hatte. Er will seine  
Organisationen auflösen, sobald das Verbot aufgehoben wird und will dann in der al-  
ten neuen Partei weiterarbeiten.

Heute verbietet er seinen Mitgliedern in dem "Grundsatzbefehl" "das Sammeln, Lagern  
oder den Einsatz von Waffen, sowie die Bildung von Gruppen mit der Absicht eines be-  
waffneten Widerstandes. Ich verbiete Strategiegespräche und Stammtischparolen über  
dieses Thema".

Auch diese Methode hat er dem Vorbild abgesehen. Es muß alles legal aussehen. In  
mehr oder weniger regelmäßig anberaumten Zusammenkünften werden Details besprochen.  
An den Veranstaltungen können auch Nicht-Mitglieder der beiden genannten Organisa-  
tionen teilnehmen. Man sucht Kontakte zu den Schützenvereinen im Lande; man findet  
Zustimmung und Gefolgschaft bei den Fan-Gruppen und in den Clubs der großen Sport-  
vereine. Man will jedoch "einen politischen Kampf in Übereinstimmung mit den gelte-  
nden Gesetzen und im Lichte der Öffentlichkeit" führen, heißt es im "Grundsatzbefehl".



In den Schriften und Befehlen und im "Informationsbrief zur Lage der Bewegung" (!), der "Im 93. Jahr des Führers" 1983 erschien (Hitler wurde 1889 geboren), werden dieser "größten Kaderbewegung im Lager des Nationalen Sozialismus", um die es sich handele, wie Kühnen schreibt, die Organisationsgrundsätze dargelegt. Man "verstet sich als legaler Arm der nationalsozialistischen Bewegung der neuen Generation in der Tradition der SA und kämpft politisch für die Aufhebung des NS-Verbots, bekennt sich zum Kern und Sinn des 25-Punkte-Programms vom 24. Februar 1920, lehnt Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ab und ist bemüht im Rahmen der bestehenden Gesetze zu arbeiten".

Wie weit die beabsichtigten "Bemühungen" von Erfolg gekrönt waren, darüber sagen die dem Chef der Aktionsorganisation und etlichen seiner Mitkämpfer unter anderem auch die bisher zuerkannten Gerichtsurteile etwas aus.

Als der Minister des Innern in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, Herbert Schnoor, Anfang November den zuständigen Bundesminister Dr. Friedrich Zimmermann aufforderte, die militante Aktionsfront "sofort zu verbieten", reagierte der Sprecher des Bundesministeriums mit einer Rüge für den Landes-Innenminister: Es sei alte und bewährte Praxis, Fragen der inneren Sicherheit nicht in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Es sei wünschenswert, wenn durch Anträge auf Verbote von Vereinigungen keine Publizität gesucht werde.

Seit Bestehen der Bundesrepublik haben Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen, Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien und verantwortungsbewußte Staatsbürger, bekannte und unbekante, immer wieder die Notwendigkeit öffentlicher Hinweise und Anregungen durch ihre Proteste bekundet. Das heutige Innenministerium glaubt dennoch in dem Antrag aus Nordrhein-Westfalen einen formalen Fehler feststellen zu können. Statt endlich durch eine wirksame Maßnahme die beständige Wühlarbeit rechtsradikaler Gruppen im Lande unmöglich zu machen, schulmeistert der Bundesminister des Innern den Landesminister öffentlich - eine originelle neue Form der Staatsführung im Geiste obrigkeitlichen Denkens. (-/15.11.1983/ks/rs)

+ + +



### Kinderhandel

-----

Die Bundesregierung zeigt sich ahnungslos

Von Rudolf Bindig MdB, Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, und  
Konrad Gilges MdB, Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

In der Bundesrepublik Deutschland bieten organisierte Menschenhändler - manchmal über Zeitungsanzeigen - ausländische Kinder zur Adoption an. Um auf dieses "häßliche Geschäft" und die bestehenden Gesetzeslücken aufmerksam zu machen, haben wir einige detaillierte Fragen an die Bundesregierung gerichtet.

Die Bundesregierung hat jetzt geantwortet. Sie zeigt sich ahnungslos. Sie ist offensichtlich nicht in der Lage, klare Auskünfte zu geben über den gewerblichen Adoptionshandel mit Kleinkindern aus Ländern der Dritten Welt, der bei uns stattfindet.

Die Bundesregierung mußte einräumen, daß in deutschen Zeitungen Anzeigen erscheinen unter der Überschrift "Kinderlos?", auf die dann "Angebote von Kleinkindern aus der Dritten Welt" an adoptionswillige Eltern gemacht werden. Aus anderen Quellen hatten wir erfahren, daß die "Menschenpreise" zwischen 6.000 und 40.000 DM liegen sollen.

Weiter räumte die Bundesregierung ein, daß "es sich möglicherweise um 100 bis 150 Fälle pro Jahr" handeln könne.

Auf unsere Fragen, ob die Bundesregierung erkannt hat, daß Form und Ausmaß der illegalen Handels- und Adoptionspraktiken ein Problem darstellt, das dringend einer Regelung bedarf, und welche durchgreifenden Maßnahmen die Bundesregierung einzuleiten gedenke, antwortete sie nur, daß sie "in Kontakt mit Adoptionsstellen stelle, die über einschlägige Erfahrungen verfügen".

Auf die Frage, über welche in- und ausländischen Organisationen dieser gewerbsmäßige Adoptionshandel in der Bundesrepublik betrieben werde, hatte sie nur die schlichte Antwort gegeben: "Darüber hat die Bundesregierung noch keine ausreichend gesicherten Erkenntnisse."

Wir hatten die Bundesregierung gefragt, ob sie die Information aus der Tageszeitung "Die Welt" vom 18.10.1983 bestätigen kann, "daß der Kinderhandel in Deutschland mit Süd- und Mittelamerika aufgrund 'Alte Kameradschaften' aus der NS-Zeit floriere". Darauf antwortete die Bundesregierung, daß diese "Berichte auf bisher nicht belegten Aussagen von Journalisten" beruhen würden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich schnellstens ausreichende Erkenntnisse über Ausmaß und Praktiken des Menschenhandels mit Kleinkindern aus Ländern der Dritten Welt einzuholen und Initiativen zur Schließung der vorhandenen Gesetzeslücken zu ergreifen.

(-/15.11.1983/bgy/rs)

Günter Markscheffel wird 75  
-----

Sein Beispiel und sein Rat sind für uns unverzichtbar

Von Helmut G. Schmidt

Chefredakteur der SPD-Pressedienste/PPP

Der Gründer und erste Chefredakteur des Sozialdemokratischen Pressedienstes und des Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes (PPP), Fritz Sänger, schrieb vor fünf Jahren über seinen Nachfolger: "Nicht die Theorie, aber der Weg von ihr zur Wirklichkeit erschien ihm als Aufgabe, die zu erfüllen ist. Politik als Handlung und als ständiges Vorankommen betrieb und betreibt er noch immer als Handwerk, das er bis zur Kunst entwickelte."

Was für den damals 70jährigen Günter Markscheffel galt ist zu seinem 75. Geburtstag am 16. November zu unterstreichen. Günter Markscheffel war nie ein Theoretiker oder Dogmatiker. Für ihn war wichtig, wie aus freiheitlichen Ideen praktische und für die Bürger erlebbare Politik wird. Dafür hat er über ein halbes Jahrhundert gerackert. Nie war er bereit den Versuchungen des Opportunismus zu verfallen, um seine Position zu sichern oder seine Karriere zu fördern. Er stritt mit Linken und Rechten um den besseren Weg zu mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit und mehr gesellschaftlichen Fortschritt. Dabei bewahrte er sich immer die Fähigkeit die Parteibrille abzulegen und die Arbeit der Partei mit den Augen des außenstehenden Bürgers zu betrachten. Diese Fähigkeit machte sein Urteil sicher. Er blieb Journalist auch wenn er mit jeder Faser seines Herzens der Sozialdemokratie diente. Die Freiheit des Wortes war für Günter Markscheffel die erste aller Freiheiten. Kein Wunder, daß die beiden Zeitungen, die er in seinem arbeitsreichen Leben gründete und als Chefredakteur zu verantworten hatte (1933/34 in Berlin, 1947 bis 1957 in Mainz), den Namen "Freiheit" trugen.

Günter Markscheffel, 1908 im oberschlesischen Gleiwitz geboren, machte nach Abschluß der Mittleren Reife 16jährig seine ersten Zeitungserfahrungen. Als Volontär bei der "Waldenburger Bergwacht" im Riesengebirge. Bis 1933 konnte er in Hirschberg als Lokalredakteur arbeiten. Er war 25 als ihn die Nazis verhafteten. Aus dem Untersuchungsgefängnis konnte er fliehen. Sofort macht er sich daran, allen Gefahren zum Trotz, eine illegale Zeitung in Berlin herauszugeben. Ihr Name: "Die Freiheit". 1934 mußte Günter Markscheffel sein Untergrundleben in Berlin aufgeben und ins Saargebiet flüchten. Von dort emigrierte er nach Frankreich. Er schlug sich als Landarbeiter, Streckenarbeiter bei der französischen Eisenbahn und als Fabrikarbeiter durch. Kurz vor Kriegsausbruch organisierte er im lothringischen Forbach, nahe Saarbrücken die illegale Grenzarbeit der SPD. Dort wurden Informationen und Flugschriften ins Reich geschleust und umgekehrt Nachrichten über den Nazi-Terror ins Ausland gebracht.



Vor den einmarschierenden Truppen der deutschen Wehrmacht setzte sich Markscheffel nach Südfrankreich ab. Das nahende Kriegsende erlebte er aber bereits in Paris im Auftrag der Untergrund-SPD. Er kümmerte sich um das Schicksal von Kriegsgefangenen ebenso wie um rückkehrwillige sozialdemokratische Emigranten. Kurt Schumacher trug ihm von 1946 bis 1947 die offizielle Verbindung zwischen SPD und den französischen Sozialisten an.

1945 zurück in Mainz baute Günter Markscheffel zuerst ein Verbindungsbüro der SPD für die SPD-Bezirke in der französisch besetzten Zone auf. 1947 hatte er seine Vorbereitungen für die Herausgabe einer sozialdemokratischen Zeitung abgeschlossen. Ihr Titel: "Die Freiheit". In die zehnjährige Tätigkeit als Chefredakteur der Mainzer "Freiheit" fallen seine Wahl zum SPD-Bezirksvorsitzenden in Rheinhessen, zum Landesvorsitzenden des Deutschen Journalistenverbandes und schließlich zum Landtagsabgeordneten (1950 bis 1957).

1957 berief der SPD-Vorstand Günter Markscheffel zum Chefredakteur des Sozialdemokratischen Pressedienstes und des Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes (PPP). 13 Jahre lang formulierte und kommentierte er tagtäglich sozialdemokratische Politik. Er wurde dabei nicht müde auch denen in der eigenen Partei, die es nicht verstehen wollten, zu erklären, daß ein Parteijournalist ein parteiischer Journalist, nicht aber ein Vervielfältigungsapparat von Vorstandsbeschlüssen ist. Die auswärtige Politik fand das besondere Interesse Markscheffels. Viele Reisen in Europa und darüber hinaus fanden ihren Niederschlag in analytisch fundierten Reportagen.

Der berufliche Weg Günter Markscheffels fand seinen Höhepunkt als Bundespräsident Gustav Heinemann 1970 den 62jährigen zum persönlichen Referenten bestellte. Vier Jahre lang half Markscheffel mit das Heinemann'sche Politikverständnis auf eine breitere Basis zu stellen. Zwei Jahre nach Aufnahme seiner Tätigkeit in der Villa Hammerschmitt setzte sich in Bonn die sozialliberale Koalition durch.

Wir Jüngeren können nur schwer nachvollziehen, was das damals für Markscheffel und seine Generation bedeutete. Sie hatten im Sinne des Wortes für diese Wende gekämpft, harte Entbehrungen auf sich genommen, sich der Verfolgung ausgesetzt und oft das eigene Leben riskiert. Wir, die Jüngeren, haben ihm und seiner Generation zu danken dafür, daß sie uns die Möglichkeit eröffnet haben, heute so zu leben wie wir leben: In Freiheit, zumindest in mehr Freiheit als sie leben konnten. Dieser Dank schließt die Verpflichtung ein, daß wir die Ideen von mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität in einer friedlichen Welt nicht aus den Augen lassen werden und uns mit den heute angebrachten Mitteln dafür einsetzen wollen. Der Rat von alten Kämpfern wie Günter Markscheffel ist dabei für uns unverzichtbar.

(-/15.11.1983/ks/rs)

+ + +

